Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1205

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Städt. Sparkasse, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, wie es durch aber ohne Verschuld höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Schriftleitung: Wettinerstraße 18, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerstraße 18, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftsstunden von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 34 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 250 Pf., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Wohnungsgesuche 4 Pfg. Rabatt. Für Wiederholungen 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Dresden, Freitag, den 27. Februar 1931 | 42. Jahrgang

ständigung tut not!

Dr. RUDOLF BREITSCHEID, M. d. R.

eutschnationalen glauben, daß der Tag ihres unmittelbar vor der Türe stehe. Ihr Auszug rlament werde, so versichern sie ihren Anhängern, Zeit seine Rechtfertigung finden. Landauf, n ihre Führer Reden, in denen sie den Wählern ie gewaltig die Schwierigkeiten der Regierung ie der Reichskanzler Brüning jetzt vor der Alter- entweder den Bruch mit der Sozialdemokratie oder sich ihr bedingungslos zu unterwerfen.

wird niemand das Vorhandensein von großen en leugnen wollen. Eine Reihe von Problemen, schen der Regierung und der Sozialdemokratie en stark auseinandergehen, harren ihrer Lösung. wirtschaftsprogramm, das Osthilfe- Gut des Arbeitsministeriums und der eichswehr, in dem, von allem anderen ab- erste Rate für das Panzerschiff B ang- bieten in der Tat genügend Konfliktstoff. Das Rücksicht zu nehmen auf die bürgerlichen Frak- n ihm vertreten sind. Es soll ihren militär- rd agrarpolitischen Wünschen entsprechen, die ht der Hugenberg- und der Hitler-Leute auf chen nicht etwa herabgeschraubt worden sind. lkspartei und wie sie alle heißen haben doch ärfnis, den Nachweis zu erbringen, daß das, tionalen Belange nennen, von ihnen mit nicht Nachdruck vertreten wird als von denen, die der Lauer liegen. Aber diese Parteien haben eit, und soll eine solche geschaffen werden, so ist irkung der Sozialdemokratie er- n.

ie Verhältnisse oberflächlich betrachtet, kann zu ß gelangen, daß die Position der Sozialdemo- günstiger gewesen sei als in diesem Augenblick. indessen oft genug dargetan, wie falsch eine chtungsweise ist und brauchen uns nicht zu

Ohne die Sozialdemokratie kann die Regie- n Reichstag, wie er heute aussieht, in der Tat chen und auf der anderen Seite verfügen emokraten und Kommunisten zusam- e Majorität und sind also in der Lage, Be- ssen und Beschlüsse zu verhindern. Jedoch die Ausnutzung dieses Zahlenverhältnisses würde ie recht wenig nutzen. Nicht nur, weil in jedem eichsrat sein Wort mitzusprechen hätte, nicht nur, verfehlte Politik wäre, über der Feststellung der ung in dem um 150 Stimmen verkleinerten die Machtverteilung im Lande zu vergessen, son- em, weil die große Gefahr besteht, daß eine Ab- n Kompromissen das Regierungssystem, alten wollen, auf die eine oder andere Weise eingefleischtesten Gegnern in die ielen würde. Die Genugtuung über einen rischen Sieg, die Befriedigung über den Sturz nets, das Ansprüchen der Arbeiterschaft auf den en Gebieten nicht gerecht wird, könnten von sehr er sein. Was nachher käme, mag im einzelnen n, sicher aber ist, daß es im besten Falle nur der n Agitation einen größeren Spielraum eröffnen ob, in welchem Umfang und wie lange die Frei- olchen Agitation erhalten bliebe, wäre auch noch

das nun, daß die Sozialdemokratie sich trotz nbaren Machtstellung einfach zu fügen habe? nicht. Weder von dem Standpunkt des Kabinetts noch von unserem eigenen ist eine solche Aus- gegeben. Bei beiderseitigem gutem Willen ungen finden, die die Hoffnungen der Kata- ifer zuschanden machen.

h erstrecken sich die Meinungsverschiedenheiten auf densten Gebiete. Aber die militärischen, die die agrarischen Fragen dürfen im gegen- Zeitpunkt nicht jede für sich gesondert betrachtet Gesamtpolitische Erwägungen haben im Vorder- chen, und ihnen sind die Einzelprobleme unter- Wer nehmen will, muß zu geben bereit sein, und ersichtlich von einem Kuhhandel spricht, der trägt ation nicht Rechnung, in der um der Erhaltung willen ein Austausch von Leistungen und Gegen- auch über die Grenzen der Ressorts hinweg ge- Die Verhältnisse würden erst kritisch werden, wenn ierung und die Regierungsparteien der Erkennt- Notwendigkeit entzögen.

Die Not der Arbeiter und Angestellten

Gewerkschaften bei Hindenburg

D. Die Gewerkschaften haben am Donnerstag mittag Gelegenheit genommen, den Reichspräsidenten über die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt zu unterrichten. Dieser Schritt ist Ausdruck der gewerkschaftlichen Aktivität und der gewerkschaftlichen Initiative, die sich an den höchsten Beamten der deutschen Republik wendet, nachdem Versuche beim Arbeitsministerium zu keinem Erfolg geführt haben. Der Reichspräsident hat versprochen, seine und der Regierung volle Kraft für eine Besserung einzusetzen. An dieses Wort Hindenburgs werden sich die Gewerkschaften zu halten haben. Der Schritt der Gewerkschaften muß der Anfang einer Aktion sein, die den Millionen vom Elend der Arbeitslosigkeit Betroffenen Hilfe bringt. Dabei wird man vor Anwendung außergewöhnlicher Mittel nicht zurückschrecken dürfen. Wir denken dabei insbesondere an die Frage der Arbeitszeit.

Der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände wohnten u. a. der Reichskanzler Dr. Brüning und der Reichsarbeitsminister Stegerwald bei. Der Führer der Gewerkschaftsdelegation, Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wies im Namen von sieben Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten und im Namen von zwölf Millionen Arbeitnehmern, die unter die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge fallen, auf die katastrophale Entwicklung der Arbeitsmärkte hin. Fünf Millionen Arbeitslose seien es, die durch die gewerkschaftliche Delegation die Hilfe des Reichspräsidenten anrufen.

„Die Lage", so führte Leipart aus, „ist von Woche zu Woche bedrohlicher geworden. Die Last der Verantwortung, die wir für das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung insgesamt und für die Arbeitslosen im besonderen zu tragen haben, dieses Gefühl der Verantwortung für die Zukunft des ganzen Volkes ist es, das uns heute hierher geführt hat. Die große Arbeitslosigkeit ist eine internationale Erscheinung und ihre Ursachen sind nicht im eigenen Land zu suchen. Wir wissen auch, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk durch die schweren Reparationslasten vorbelastet sind. Diese Lasten sind allerdings nicht die eigentliche, zumindest nicht die einzige Ursache der Krise in Deutschland, die manche uns weismachen möchten. Aber sie haben natürlich zur Verschärfung der Lage in Deutschland wesentlich beigetragen.

Besonders verzweifelt sieht es unter der Arbeitnehmerschaft in Ostpreußen und Pommern aus, wo Ende Januar 48 bis 49 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos waren. Nicht viel besser ist die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland. Nicht nur die Bauberufe weisen eine noch nicht dagewesene Arbeitslosigkeit von 70 bis 80 Prozent auf, sondern auch in vielen Industriezweigen gibt es heutzutage mehr Arbeitslose als Beschäftigte. In der Tabakindustrie waren Ende Januar 58,5 Prozent arbeitslos und weitere 18,6 Prozent arbeiteten verkürzt. In der Textilindustrie sind nur 33,1 Prozent noch voll beschäftigt, im Holzgewerbe 35,5 Prozent, unter den Schuhmachern nur noch ganze 12,7 Prozent.

Ich darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche Gefahr für Staat und Gesellschaft sich hier entwickelt hat und sich immer weiter vergrößern wird, wenn man der Arbeitslosigkeit nicht endlich steuert. Es besteht auch eine große Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, obwohl sich diese mit Qualitätsarbeit der ausländischen Konkurrenz gegenüber behaupten kann. Es ist aber klar, daß der Arbeiter, der jahrlang an der Ausübung seines Berufes gehindert ist, seine Berufsfertigkeit und Berufstüchtigkeit und damit auch natürlich die Eignung zum Qualitätsarbeiter verlieren muß.

Und wie ist nun die

wirkliche Lage der Arbeitslosen?

Nur ein Drittel von ihnen erhält noch in vollem Umfange die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung, zwei Drittel sind angesichts der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgesteuert und auf die dürftige Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Wir fühlen uns verpflichtet, vor Ihnen besonders im Namen dieser unserer Volksgenossen das Wort zu nehmen. Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben stehen, fühlen sich von zwei Seiten durch die ungeheure Krise getroffen. Einmal leben sie unter der ewigen Furcht bevorstehender neuer Entlassungen; weiterhin fühlen sie den gewaltigen, nach ihrem Dafürhalten durch nichts gerechtfertigten Druck auf ihren Arbeitslohn.

Schon Anfang 1930 setzte der stillschweigende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres sahen die Arbeitnehmer ihre Akkordlöhne und ihre sonstigen übertariflichen Verdienste allmählich absinken. Die Einkommensabzüge, die die Lohnempfänger infolge des Ausfalls an Arbeitsstunden unter Kürzung der Akkordlöhne zu tragen haben, übersteigen um ein Vielfaches die Opfer, die man den Festbesoldeten aufzuerlegen für billig hält. Und nach diesem „kalten Lohnabbau" begann dann der Angriff der Unternehmer auf die Tariflöhne, dem

Arbeiterführer fordern Arbeiterhilfe vom Reichspräsidenten

Leipart
Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Imbusch
Führer der christlichen Gewerkschaften

Schneider
Gewerkschaftsbund der Angestellten

Der Reichspräsident empfing die Führer aller deutschen Arbeitergewerkschaften, die ihm die Forderungen der Arbeitnehmer vortrugen. Die Arbeitervertreter betonten, daß nach der Agrarhilfe jetzt auch die Arbeitshilfe kommen müsse.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310227/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG